

La lutte contre le bostryche coûte cher; les arbres atteints doivent être abattus et des pièges installés.

Et voilà que la Confédération menace de réduire ses contributions, alors que certaines communes sont près de la faillite à cause des bostryches.

Les moyens destinés à combattre ce coléoptère ne doivent pas être réduits. Nous n'avons pas le droit d'abandonner à leur triste sort des communes gravement menacées par ce fléau.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Borradori, Keller Rudolf, Stalder, Steffen, Weder Hansjürg (5)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit
Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates
vom 11. November 1992

Rapport écrit du Conseil fédéral
du 11 novembre 1992

Die Erhaltung unserer Wälder und insbesondere unserer Gebirgswälder gehört zu den vordringlichsten Aufgaben unseres Forstdienstes. Der Bekämpfung des Borkenkäfers, welcher zeitweise eine echte Bedrohung unserer Wälder darstellen kann, hat der Bundesrat in der Vergangenheit stets grösste Beachtung geschenkt. Nicht zuletzt aus der Borkenkäferepidemie von 1984 heraus wurde im gleichen Jahr ein dringlicher Bundesbeschluss für ausserordentliche Massnahmen zur Walderhaltung in Kraft gesetzt, ohne den die notwendigen Massnahmen zur Borkenkäferbekämpfung nicht möglich gewesen wären.

Auch für die Zukunft hat der Bundesrat bereits vorgesehen. So sind im neuen Waldgesetz Massnahmen zur Verhütung und Behebung von Waldschäden, worunter auch die Bekämpfung von Borkenkäfern fällt, beitragsberechtigt (Art. 37). Es handelt sich dabei um sogenannte Abgeltungen, d. h. um Leistungen infolge bundesrechtlich vorgeschriebener Aufgaben, die der Bund erbringen muss.

Angeichts der akuten Finanzknappheit muss der Bund eine Strenge Prioritätensetzung seiner Subventionspolitik vornehmen. Erste Prioritäten im Bereich des Waldes haben dabei Massnahmen, die der Erhaltung der Schutzfunktion dienen. Unter diese fallen auch die Massnahmen zur Verhütung und Behebung von Waldschäden.

Beim Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft lagen Ende September 1992 Beitragsgesuche der Kantone im Betrage von 25 Millionen Franken vor, die mangels Krediten in diesem Jahr nicht mehr behandelt werden können. Bis Ende des Jahres dürfte sich dieser Betrag auf 50 Millionen Franken erhöhen. Um diesen Zahlungsrückstand innert einer angemessenen Frist abzutragen, ist hierfür ein zusätzlicher Betrag von 40 Millionen Franken ins Budget 1993 eingestellt worden. Gleichzeitig hat der Bundesrat dem Parlament mit der Botschaft zum Voranschlag 1993 einen Zahlungsrahmen für die Jahre 1993 bis 1996 unterbreitet. Bei der Festlegung des Betrages wurde der Tatsache der ausstehenden Bundesleistungen im Zusammenhang mit der Behebung der Sturmschäden 1990 Rechnung getragen.

Für Massnahmen zur Verhütung und Behebung der Waldschäden, die im Jahre 1993 zur Ausführung gelangen, ist im Voranschlag 1993 ein Betrag von 25 Millionen Franken eingestellt. Bei weiter gehenden Ereignissen wie Waldkatastrophen kann die Bundesversammlung mit allgemein verbindlichem, nicht referendumspflichtigem Bundesbeschluss Massnahmen ergreifen. Mit diesen gesetzlichen Instrumenten und einer weitsichtigen Finanzplanung – soweit ausserordentliche Ereignisse wie Waldschäden überhaupt planbar sind – ist der Bundesrat der Meinung, dass dem Anliegen des Postulates Rechnung getragen wird und keine zusätzlichen Massnahmen ergriffen werden müssen.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Der Bundesrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

Abgeschrieben – Classé

92.3366

Postulat Bischof

Haushaltspestizide

Pesticides à usage domestique

Wortlaut des Postulates vom 21. September 1992

Ich ersuche den Bundesrat, Insektizide ganz klar unter die Deklarationspflicht zu stellen.

Texte du postulat du 21 septembre 1992

Le Conseil fédéral est prié de rendre obligatoire la déclaration des insecticides.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Borradori, Keller Rudolf, Ruf, Weder Hansjürg (4)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

«Biologisch abbaubar»; «ungefährlich». Mit solchen Aufschriften wollen uns die Hersteller von Insektiziden glauben machen, sie würden umweltfreundliche Produkte anbieten. Die Stoffe, die sie so anpreisen, sind sogenannte Pyrethroide (wichtigste Substanzen: Althrin, Deltamethrin, Permethrin). Pyrethroide sind vollsynthetisch und alles andere als harmlos. Pyrethroide sind Nervengifte.

Professor H. Müller-Mohnsson, der Leiter des Münchner Instituts für Umwelthygiene und Strahlenforschung, kennt Hunderte von Fällen, in denen Benutzer von Insektiziden mit gesundheitlichen Spätfolgen zu kämpfen haben.

Bei uns in der Schweiz ist in den Garten-Centern und Supermärkten von Zurückhaltung jedoch nichts zu spüren. Da sind die meisten pyrethroidhaltigen Insektenvertilger in Selbstbedienung erhältlich. Häufig fehlen sogar Inhaltsangaben und Warnhinweise.

Fritz Zürcher, Leiter des appenzell-ausserrhodischen Amtes für Luftreinhaltung, rät sogar dringend vom leichtfertigen Gebrauch von Pyrethroiden ab.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

vom 18. November 1992

Déclaration écrite du Conseil fédéral

du 18 novembre 1992

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

92.3421

Postulat Duvoisin

Anwendung des Subsidiaritätsprinzips auf den Zivilschutz

Protection civile en cas de catastrophe. Principe de subsidiarité

Wortlaut des Postulates vom 7. Oktober 1992

Der Bundesrat wird aufgefordert, das Subsidiaritätsprinzip zu verwirklichen und den Kantonen zu gestatten:

– für den Zivilschutz diejenige Organisation zu wählen, die ihnen am besten entspricht und im Katastrophenfall ein möglichst wirksames Eingreifen erlaubt;

– die für ein wirksames Eingreifen erforderlichen Ausbildungsstufen festzulegen;

– sich mit den Einrichtungen und dem Material auszustatten, die sich für die wahrscheinlichsten Katastrophenfälle am besten eignen, damit die festgesetzten Ziele erreicht werden können.

Texte du postulat du 7 octobre 1992

Le Conseil fédéral est invité à mettre en oeuvre le principe de subsidiarité en autorisant les cantons:

- à choisir l'organisation la plus adéquate susceptible d'assurer la meilleure efficacité des interventions de la PCI en cas de catastrophe;
- à déterminer les degrés de formation nécessaires à garantir cette efficacité;
- à se doter des équipements les mieux adaptés aux types de catastrophes les plus vraisemblables pour atteindre les objectifs fixés.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aguet, Bodenmann, Brügger Cyrill, Bundi, Carobbio, Danuser, Eggenberger, Hämmerle, Jeanprêtre, Ledergerber, Leuenberger Ernst, Marti Werner, Steiger, Strahm Rudolf, Tschäppät Alexander (15)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Pour faire suite au débat sur le plan directeur de la protection civile, je tiens à préciser ce qui suit.

Compte tenu du fait que la hiérarchie des risques varie d'un canton à l'autre, que les équipements, planifications, modes d'intervention existants varient, que les équipements les mieux adaptés doivent être définis en fonction des catastrophes les plus plausibles, il convient de laisser aux cantons une marge de manoeuvre suffisante dans le domaine des effectifs réellement nécessaires, de la qualité de la formation gage du succès de l'intervention, de l'équipement le plus adéquat, des programmes d'instruction les plus efficaces.

Le principe de subsidiarité n'est pas un vain mot. Les cantons ont un passé en matière de lutte contre les catastrophes; il convient de leur laisser remplir leurs obligations avec souplesse.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

vom 25. November 1992

Déclaration écrite du Conseil fédéral

du 25 novembre 1992

Le Conseil fédéral est prêt à accepter le postulat.

Ueberviesen – Transmis

92.3305

Postulat Keller Anton

Günstige Voraussetzungen für militärische Weiterausbildung

Avancement dans l'armée.

Mesures de promotion

Wortlaut des Postulates vom 24. August 1992

Der Bundesrat ergreift Massnahmen zur Förderung der Bereitschaft für militärische Weiterausbildung.

Texte du postulat du 24 août 1992

Le Conseil fédéral est prié de prendre les mesures propres à promouvoir auprès des jeunes l'avancement dans l'armée.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Baumberger, Bircher Silvio, Bürgi, Cincera, David, Dünki, Grossenbacher, Leu Josef, Leuba, Meier Hans, Mühlemann, Schmid Peter, Schnider, Wyss Paul (14)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die Stärke des Wehrwillens hängt wesentlich davon ab, dass die fähigen jungen Leute zur militärischen Weiterausbildung bereit sind. Das ist in der heutigen Zeit, aus verschiedenen Gründen, keine Selbstverständlichkeit. Berufliche Ausbildung und Berufsarbeit, persönliche Beziehungen, Gestaltung der Freizeit haben Vorrang. Oder umgekehrt: Mit militärischer Weiterausbildung verbinden sich oft Komplikationen mit dem Studium, Schwierigkeiten am Arbeitsort, finanzielle Nachteile, private Verluste. Auch die früher gängige Aussage, dass militärische Ausbildung auch im Zivilleben nützlich sei, scheint eher verblasst. Im Gegenteil: Arbeitgeber äussern nicht selten ihre Abneigung, wenn ein junger Mann die Absicht zu militärischer Weiterausbildung äussert. Ein damit verbundenes Entweder-Oder wird nicht leichtgenommen, zumal in rezessiven Zeiten. Deshalb erscheint ein ganzheitliches Konzept der Förderung angezeigt.

Die Massnahmen sollten von einer allgemeinen Aufwertung dieses Dienstes für die Gemeinschaft bis zu angemessener finanzieller Entschädigung reichen (insbesondere sind junge Leute in der Ausbildung immer noch stark benachteiligt), von der Rücksichtnahme auf die berufliche Ausbildung bis zur Förderung des Verständnisses der Arbeitgeber (inklusive der öffentlichen!) für die Notwendigkeit, dass gerade auch die besonders Fähigen freigestellt werden sollen.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

vom 28. Oktober 1992

Déclaration écrite du Conseil fédéral

du 28 octobre 1992

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberviesen – Transmis

Ad 92.009

Postulat der Sicherheitspolitischen Kommission Reduktion der Wehrpflichtdauer

Postulat de la Commission de la politique de sécurité Réduction de la durée de l'obligation de servir

Wortlaut des Postulates vom 25. Juni 1992

Der Bundesrat wird eingeladen, möglichst rasch, spätestens aber bis Ende 1992, eine Teilrevision des Bundesgesetzes über die Militärorganisation oder entsprechende Uebergangsbestimmungen zu unterbreiten, welche die Reduktion der Wehrpflichtdauer im Sinne der «Armee 95» und allenfalls weitere zentrale Punkte von «Armee 95» zum Gegenstand haben. Eine gestaffelte Reduktion des Wehrpflichtalters in den Jahren 1993 bis 1995 ist zu prüfen.

Texte du postulat du 25 juin 1992

Le Conseil fédéral est invité à soumettre au Parlement, si possible rapidement, mais jusqu'à la fin de 1992 au plus tard, un projet de révision partielle de la loi fédérale sur l'organisation militaire ou un projet de dispositions transitoires appropriées; ces projets auront pour objet: la réduction de la durée de l'obligation de servir conformément à la conception d'«Armée 95» et, au besoin, d'autres points essentiels de cette même conception. Il y a lieu d'examiner une réduction par étapes de la durée de l'obligation de servir pour les années 1993 à 1995.

Schriftliche Begründung

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

Postulat Duvoisin Anwendung des Subsidiaritätsprinzips auf den Zivilschutz

Postulat Duvoisin Protection civile en cas de catastrophe. Principe de subsidiarité

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	VI
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.3421
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.12.1992 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2749-2750
Page	
Pagina	
Ref. No	20 022 116

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.